Soziales im Blick

Niedersachsen-Echo

Die Landesbeilage des SoVD in Niedersachsen

SoVD

März 2024 Ausgabe Nr. 3

Aufteilung von Sorgearbeit: „Wenn nicht schnell etwas passiert, ist steigende Altersarmut vorprogrammiert“

SoVD zum Equal Care Day am 29. Februar

Noch immer leisten Frauen in Deutschland mehr unbezahlte Sorgearbeit in der Familie als Männer – nämlich 50 Prozent mehr. Das zeigt der Zweite Gleichstellungsbericht der Bundesregierung. Für Niedersachsen können ähnliche Zahlen angenommen werden. Die Folge sind lebenslange negative finanzielle Auswirkungen für Frauen, insbesondere für Alleinerziehende. Anlässlich des diesjährigen „Equal Care Days“ am 29. Februar fordert der SoVD in Niedersachsen deshalb eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, eine Reform der Ehegattenbesteuerung und eine stärkere Unterstützung von Frauen, die sich alleine um ihre Kinder kümmern.

Foto: Yakobchuk / Adobe Stock

Im Durchschnitt investieren Frauen täglich deutlich mehr Zeit in Kinderbetreuung und Haushaltsarbeit als Männer und sind dadurch häufiger in Teilzeit beschäftigt.

Im Durchschnitt leisten Frauen täglich über vier Stunden unbezahlte Arbeit bei der Kinderbetreuung oder im Haushalt. Das sind fast anderthalb Stunden mehr als bei Männern. Dieser sogenannte „Gender Care Gap“ steigt mit der Familiengründung stark an. „Der Unterschied hat vor allem Auswirkungen auf die Erwerbsarbeit“, erläutert Annette Krämer, SoVD-Verbandsratsmitglied für Frauen- und Familienpolitik. In Niedersachsen seien 2019 mehr als 88 Prozent der Väter mit Kindern unter drei Jahren erwerbstätig gewesen, im Gegensatz dazu jedoch nur etwas über 35 Prozent der Mütter.

„Problematisch daran ist vor allem, dass sich daraus für Frauen massive wirtschaftliche Nachteile ergeben. Denn: Aus niedrigen Einkommen werden später kleine Renten. Dann ist es allerdings meistens zu spät, um gegenzusteuern“, so Krämer. Deswegen müssten Unternehmen und politische Entscheidungsträger*innen jetzt aktiv werden und die Rahmenbedingungen für Frauen verbessern. „Wir brauchen eine bessere und verlässlichere Kinderbetreuung sowie eine Abschaffung des Ehegattensplittings. Außerdem darf bei Alleinerziehenden das Elterngeld nicht mehr auf die Grundsicherungsleistungen angerechnet werden“, fordert das SoVD-Verbandsratsmitglied und ist sich sicher: „Wenn nicht schnell etwas getan wird, ist eine immer weiter steigende Altersarmut bei Frauen vorprogrammiert.“

Der „Equal Care Day“ findet alle vier Jahre am 29. Februar statt. Er soll auf die ungleiche Verteilung von Sorgearbeit aufmerksam machen.

SoVD: Landespolitik muss beim sozialen Wohnen Turbo zünden

109.000 Sozialwohnungen fehlen

Eine Studie des Bündnisses „Soziales Wohnen“ macht deutlich, dass in Deutschland mehr als 910.000 Sozialwohnungen fehlen. Niedersachsen gehört mit einem Defizit von 109.000 fehlenden Wohnungen zu den traurigen Spitzenreitern. Der SoVD in Niedersachsen fordert daher ein wohnungspolitisches Turbo-Programm von der Landesregierung.

„Im vergangenen Jahr hat sich die Anzahl der Anträge auf Wohngeld in unserem Beratungsalltag mehr als verdoppelt. Das zeigt, wie eng die Lage für viele Betroffene ist“, so Bernhard Sackarendt, Vorsitzender des SoVD-Verbandsrats in Niedersachsen. Doch mit finanzieller Unterstützung sei es nicht getan: „Es fehlt vor allem an bezahlbarem Wohnraum.“ Obwohl das Problem seit Langem bekannt sei, tue die Politik in Niedersachsen viel zu wenig. „Eigentlich hat sich die Landesregierung verpflichtet, 100.000 neue Sozialwohnungen zu bauen. Die aktuelle Studie macht allerdings deutlich, dass die Situation bei uns besonders verheerend ist. Es muss endlich was passieren“, betont Sackarendt.

Am Geld kann es aus Sicht des SoVD nicht liegen: „Aus der Studie geht hervor, dass die Kommunen immer häufiger die Kosten der Unterkunft übernehmen müssen, auch wenn die Miete eigentlich zu hoch ist. Denn: Betroffene finden meistens keinen angemessenen Wohnraum“, erläutert der Verbandsratsvorsitzende. Konkret bedeute dies, dass die Sozialausgaben fürs Wohnen achtmal so hoch seien wie die Förderung für den Neubau von Sozialwohnungen. „Das ist eine völlige Fehlplanung. Die Landesregierung muss jetzt schnell den Neubau vorantreiben, damit auch die Sozialkassen nicht unnötig belastet werden“ sagt Sackarendt. Um schnelles und preisgünstiges Bauen zu ermöglichen, fordert der SoVD schnellere Genehmigungsverfahren sowie weniger hemmende Vorschriften und Auflagen. Außerdem müssten Fehlbelegungen vermieden werden.

Forderungen des SoVD zum „Welttag der sozialen Gerechtigkeit“ am 20. Februar

Ungleichheit bekämpfen

Armut bei Kindern und Senior*innen, ungleiche Bildungschancen und eine immer größer werdende Schere zwischen Arm und Reich: Niedersachsen ist von einer sozial gerechten Gesellschaft noch weit entfernt. Deshalb fordert der SoVD in Niedersachsen anlässlich des „Welttags der sozialen Gerechtigkeit“ am 20. Februar die Landesregierung auf, für mehr Chancen- und Verteilungsgerechtigkeit zu sorgen und so auch dem Einfluss von rechtspopulistischen Parteien entgegenzuwirken.

Die aktuelle Situation zeigt es ganz deutlich: Steigt in einer Gesellschaft die soziale und wirtschaftliche Ungleichheit, gewinnen rechtspopulistische Kräfte an Einfluss. „Bei uns in Niedersachsen gibt es immer mehr Menschen, die finanzielle Probleme und Angst vor einem sozialen Abstieg haben. Hinzu kommt das fehlende Vertrauen in die Politik. Das führt häufig dazu, dass extremistische Parteien gewählt werden“, erläutert Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen. Um das zu verhindern, bedürfe es einer gerechteren Sozialpolitik.

Foto: Seventyfour / Adobe Stock

Der SoVD setzt sich unter anderem für Chancengleichheit in der Bildung und auf dem Arbeitsmarkt ein.

„Der Sozialstaat muss seine Verantwortung ernstnehmen und dafür sorgen, dass alle gleiche Chancen in den Bereichen Bildung, Jobs, Gesundheit und Integration haben“, betont Swinke. Es sei nicht hinnehmbar, dass besonders junge und alte Menschen arm seien und Niedersachsen nach wie vor ein Niedriglohnland sei. „Jetzt gilt es, an den entsprechenden Stellschrauben zu drehen. Die öffentliche Gesundheits- und Daseinsvorsorge muss dringend verbessert, Kitas und Schulen müssen besser ausgestattet werden. Auf Bundesebene muss endlich die Vermögenssteuer kommen, damit die Einkommensunterschiede nicht noch größer werden“, fordert der Vorstandsvorsitzende.

Dies sei insbesondere im Hinblick auf das Erstarken von rechten Parteien unerlässlich. „Die Basis einer demokratischen Gesellschaft ist die soziale Gerechtigkeit. Wenn wir zerstörerischen Kräften entgegenwirken wollen, muss jetzt gehandelt werden“, so Swinke.